

Dresdner Volkszeitung

Vollst. Kont.: Dresden,
Raden & Comp., Nr. 1268.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Hauptkont.:
Gebr. Arnhold, Dresden.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Kußstadt und Dresden-Altkönig

Abonnementpreise: einschließlich Bringerlohn monatlich 6500.— M., durch die Post bezogen monatlich 6500.— M., unter Kreuzband für Deutschland einschließlich 2900.— M., Einzelnummer 300.— M., Sonnabendnummer 400.— M., Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.
Sprechstunde: nur wochentags von 13 bis 1 Uhr.
Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25261.
Geschäftszeit: von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreise: die 9spaltige Nonpareilzeile 500.— M., auswärts 600.— M., die 8spaltige Nonpareilzeile 2000.— M., auswärts 2500.— M., Ausland 3000.— M., 6000 M. bei mehrmaliger Aufgabe Ermäßigung, Familienanzeigen, Stellen- u. Verleihsuche 40 Proz. Rabatt. Für Kleinanzeigen 200 M.

Nr. 129

Dresden, Mittwoch den 6. Juni 1923

34. Jahrg.

Londoner Schmerzen

Von unserem englischen Mitarbeiter

Manchester, Ende Mai.

Das wichtigste Ereignis des letzten Monats auf dem Gebiet der auswärtigen Politik ist für England die jetzt von fast allen Parteien und Schattierungen anerkannte Abschweifung von Frankreich und die Annäherung an Italien, wie sie sich kundtut in den Noten, die diese beiden Mächte in der Reparationsfrage an Deutschland richteten. Ob die Auswirkungen dieser feindlichen Allianz mit Italien, wo der Faschismus nun endgültig im Sattel sitzt, für den Fortschritt in England von Segen sein werden, steht zu bezweifeln. Der Manchester Guardian bemerkt: unsere auswärtige Politik hat eine merkwürdige östliche Tendenz — sollte sie nach Rom blicken? Mit Lord Curzon als Sekretär des Auswärtigen Amtes, dessen heftige Antipathie gegen Rußland selbst zur Zeit des Jahreskongresses schon wohlbekannt war, war die englische Einwirkung auf die europäische Politik in letzter Zeit alles andere als glücklich. Die Beziehungen zwischen England und Rußland waren knapp vorm Abbrechen, und nur dank den tatkraftigen Bemühungen der Opposition, sowohl der Arbeiterpartei als auch der Liberalen wurde ein Bruch vermieden. Die Reparationsfrage und die Ruhrbesetzung sind bei der Masse des britischen Volkes beinahe vergessen, überbürdet wie es ist von der drückenden Last der Arbeitslosigkeit, die sich im Laufe der Monate zu bessern scheint. Ganz offensichtlich kommt den politischen Führern und dem führenden Geschäftsleuten die Einsicht, die die Liberalen und die Arbeiterpartei von Anfang an hatten, daß die langsame Besserung in Handel und Industrie durch die Besetzung des Ruhrgebietes einen starken Rückschlag erhielt, während beinahe alle Welt, vielleicht mit der gemeinsten Ausnahme der Blätter vom Schlag der Daily Mail, entweder herabredet oder schweigend die Unmöglichkeit von Reparationsleistungen anerkennt. Lord Curzons Note ist als zu hochfahrend im Ton und ungenügend im Inhalt gekennzeichnet worden. Dazwischen spielen andere politische Sorgen. Jüngst stand wieder einmal die irische Frage im Vordergrund wegen des Falls O'Brien. Vor einigen Wochen hatte der Staatssekretär des Innern auf Grund eines durch die Unabhängigkeit Irlands jetzt glücklicherweise nicht mehr bestehenden Gesetzes und auf Anraten der irischen Regierung in verschiedenen Städten Großbritannien mehr als hundert Männer und Frauen verhaften lassen als verdächtig des Betruges, die Regierung in Dublin stützen zu wollen; sie wurden nach Dublin gebracht und unverzüglich gefangen gesetzt. Obwohl sie tatsächlich nicht mehr auf englischem Boden standen, wurden sie gefangen gehalten durch den Befehl des Staatssekretärs des Innern; nun wurde für einen von ihnen, O'Brien, eine Habeas-Corpus-Forderung erlassen, durch die die Regierung seiner Majestät aufgefordert wurde, die Gründe für die Verhaftung dieses Mannes anzugeben und ihn dem Gericht vorzuführen. Der ganze Fall wurde untersucht und endete mit der Freilassung O'Briens und der übrigen Gefangenen. Die Affäre bedeutet für die Regierung einen enormen Verlust an Ansehen, hat aber andererseits die starke Liebe des Engländers für Gesetz und Gerechtigkeit gezeigt und bekräftigt.

Auch dies gehört zum Gesicht Englands und dies Gesicht hat mancherlei Züge. Pfingstmontag ist ein wichtiger Feiertag in England, denn es ziehen die Vertreter aller englischen Kirchen mit klingendem Spiel und fliegenden Bannern durch die Straßen der Stadt. Es ist vor allem ein Festtag für die Kinder, und selbst die Kerkmänner geben sich alle Mühe, ihre Kinder in weiße Kleider zu stecken. Ich ging durch eines der armen Viertel der Stadt: Gedränge auf den Straßen, Ueberfüllung in den Läden. Aber ein Gespräch mit einem der Ladeninhaber zeigte mir den wahren Zustand: „Es sind viele, aber sie kaufen wenig; sie haben einfach kein Geld. Viele sind arbeitslos, die Löhne sind beinahe unter das Existenzminimum gesunken; und viele, die Arbeit haben, arbeiten nur halbtags.“ So treffen Bonar Law's „Politik der Ruhe“, Poincaré's englische Vision eines französischen Rheinlands und unumgänglicher Reparationen und Lord Curzons Fieberphantasien einer Volkswirtschaftsherrschaft den englischen Arbeiter.

Bonar Law wird nur von wenigen betrauert. Er ging nicht nur aus Gesundheitsrücksichten, sondern wahrscheinlich auch infolge des inneren Druckes, den die konservative Partei ausübte. Sein Nachfolger Baldwin war bis zu seinem Eintritt in das letzte Kabinett unbekannt, und eine unbekannte Kraft ist er auch geblieben. Er wurde charakterisiert als geradezu skurril und schlau, aber trotzdem gültig, nicht unmaßbar, zuverlässig und einmütig. Das hohe Amt des Ministerpräsidenten, das er einnimmt, hätte er lieber in anderen Händen gesehen. Er ist vor allem Geschäftsmann und wird wahrscheinlich all die Probleme, die der Lösung harren, von jenem praktischen Standpunkt anpacken, der so vielen Vernunftmenschen anhaften. Wahrscheinlich ist England bei ihm besser aufgehoben als bei Lord Curzon.

Mit Ausnahme des Vorkämpfers für den Völkerbund, Lord Robert Cecil, des „guten Europäers“, wie er so treffend genannt worden ist, und Mc Kennas, bleibt das Kabinett unverändert; aber die Aufnahme dieser beiden kann als Anzeichen einer gemäßigteren Richtung gelten, die Baldwin wahrscheinlich einzuklären gedankt. Lord Curzon wird in dem „guten Europäer“ sicher einen würdigen Rivalen und Gegner finden; die Gefahr eines Bruches mit Rußland ist stark im Abnehmen, und die Gleichgültigkeit gegen die Ruhrbesetzung wird hoffentlich durch entschlossenes Auftreten gegen Poincaré beseitigt werden. Denn die Schmerzen Europas liegen auch dem Londoner Kabinett im Kreuz.

Sächsische Sparmaßnahmen

Vor einiger Zeit haben die Leipziger Neuesten Nachrichten eine Note gedruckt, in der die Sparmaßnahmen des Dresdner Stadtrates und des sächsischen Staates gegenübergestellt wurden. Die „in der Wehrheit bürgerliche Stadtverwaltung“ habe im Laufe von nicht ganz zwei Jahren 1637 Stellen eingespart. Die sächsische sozialistische Regierung, die seitlich drei oder vier Sparmaßnahmen erlassen habe, habe dagegen im vorigen und in diesem Jahre nicht nur keinen einzigen Beamten gespart, sondern im Staatshaushalt für 1923 fordere sie sogar noch 236 neue Beamtenstellen, wogegen nur 82 Beamten- und 114 andere Stellen fortlassen, so daß 39 neue pensionsberechtigten Beamtenstellen geschaffen worden seien. Viele Tausende von Beamtenstellen könnten, wie das Dresdner Beispiel zeige, auch in der Staatsverwaltung gespart werden, wenn nicht immer wieder neue, zum Teil überflüssige Stellen geschaffen würden.

Die Leipz. Neuest. Nachr. haben sich ihre Beweisführung sehr leicht gemacht. Weil die Stadt Dresden 1637 Beamtenstellen sparte, so folgern sie, könnte der Staat viele Tausende Beamte sparen. Es fällt dem Blatt nicht ein, zu untersuchen, ob die Bedingungen für beide Verwaltungen gleich sind. Sie sind natürlich sehr verschieden, ein Vergleich muß deshalb immer hinken. Wenn ernstlich geprüft werden soll, ob der Staat das Seilzüge tut, um zu sparen, so muß man seine Maßnahmen betrachten, die diesem Ziele dienen.

In jedem Verwaltungszweige des Staates sind Beamte beauftragt worden, Sparmaßnahmen anzulegen und zu fördern. Sie erfüllen diese Aufgabe neben ihren bisherigen Dienstpflichten (von feierlicher Erneuerung dreier oder vierer Sparkommissionen, wie die Leipziger Neuesten Nachrichten phantastieren, ist also keine Rede). Ihre Tätigkeit dauert noch an. Viele Tausende von Beamtenstellen haben sie allerdings nicht einsparen können, weil sich in verschiedenen Verwaltungszweigen die Arbeit vermehrt hat. So hat z. B. im Kultusministerium die Durchführung des Schulbuchgesetzes eine solche Arbeitsvermehrung zur Folge, ebenso die fortwährenden Änderungen der Besoldungsbestimmungen, der Arbeitsverhältnisse, der Gebühren der Verpflegung in den Internatsanstalten und anderes mehr. Ebenso haben verschiedene dem Finanzministerium unterstellte Behörden neue Aufgaben zugewiesen erhalten; z. B. ist die Verwaltung der Flur- und Viehhaltungsbücher von den Finanzministern auf die Bezirksvermessungsämter übertragen.

Den Behörden des Innern, Arbeits- und Wirtschaftsministeriums sind ebenfalls viele neue Aufgaben erwachsen, insbesondere den Amtshauptmannschaften; so die Verwaltung der Grundsteuer und der Wohnungsausgabe, die Erwerbslosen-, Sozial-, Kleinrentner- und Kriegereinstellungsbesoldungen, der Kleinwohnungsplan, das Reichsmineralien-, die Arbeitsstellenverwaltung, die Volkshilfspflege und die Arbeitsvermittlung; bei den Kreisverwaltungsmitteln: die Demobilisationsgeschäfte (Schlichtungsausschüsse); bei den Polizeipräsidien und den Grenz- und Grenzschutzämtern: die Post- und Grenzschutzämter. Dazu allgemein die fortwährenden Änderungen der Besoldungsbestimmungen der Gemeinde- und bezirkssteuerrechtlichen Vorschriften sowie der Ausbau der Gemeindefinanz. Bei einzelnen Behörden mußte deshalb das Personal vermehrt werden. Trotzdem sind im ganzen in diesen drei Verwaltungszweigen 877 Arbeitskräfte eingespart und anderen Dienststellen zugewiesen oder entlassen worden. Beim Justizministerium sind 120 von 1186 planmäßigen Stellen für

juristische Beamte nach ihrer Erledigung nicht wieder besetzt worden. Außerdem sind 40 bis 60 Exzessivbeamte frei gemacht worden, die der Personalausgleichsstelle zur Verfügung gestellt worden sind und mit andern Arbeiten beschäftigt werden. Es mußte hier bei der Verminderung des Personalbestandes vorzüglich verfahren werden, weil die kommenden neuen Justizgesetze (Neuordnung der Strafgerichte, Erhöhung der Zuständigkeit der Amtsgerichte, Erziehung von Arbeitsgerichten und Angliederung der Kleinrentnerämtern an die ordentlichen Gerichte) eine starke Vermehrung der Arbeit mit sich bringen werden.

Der Personalverminderung ist also aus zwingenden Gründen eine enge Schranke gesetzt. Um so mehr wird versucht, sächsische Sparnisse zu machen. Der Papierverbrauch, der Fernsprechanlagen, die Fernsprechanlagen, die Postabgaben, die Postabgaben, der Bezug von Zeitungen und Zeitschriften sind wesentlich eingeschränkt. Erhebliche Ausgaben sind durch den Austausch von Bureaubedarf, wie Schreibmaschinen, Schreibstiften usw. unter den Dienststellen erspart worden.

Die Geschäftsführung ist durch die Einföhrung zeit- und papiersparender berichtigter Geschäftsbücher, durch den Wegfall der Unterschrift des Behördenvorstandes unter Kleinrechnungen, durch die Einföhrung von Dienstmarken für den Postverkehr, durch die Konzentrierung der Dienstleistungen zwischen den staatlichen Dienststellen in Dresden mittels Kraftwagen, wodurch Personal gespart wird, durch die Zusammenlegung der Postämter, durch die Besoldungsblätter, hat durch besondere Zusätze, und andres mehr vereinfacht worden.

Im Bereiche der Polizeiverwaltung wurde eine wesentliche Ersparnis durch eine starke Verkleinerung des Pferdebestandes der Landespolizei erzielt. Es wurde auf alle Reiterpferde der Polizeipferde bezichtigt und die Zahl der Reiterpferde erheblich herabgesetzt. Es wurden 22 Reiterpferde und 108 Reiterpferde eingespart. Auch für diejenigen Genarmeen- und Reiterpferde, in deren Bezirken die Verwendung von Reiterpferden bei den hohen Galtungsstellen nicht wirtschaftlich erschien, wurden die Reiterpferde abgeschafft. Wie hoch die dadurch ersparten Ersparnisse sind, kann man — ganz abgesehen von den Anschaffungskosten für Pferdebesitz, den Ersparrissen an Steuern und dem sehr teuren Aufschlag — daran erkennen, daß zur Zeit der Rentner Kaser 37 000 M. folkt und man für ein Pferd mindestens allein drei Rentner Kaser im Monat rechnen muß. Außerdem wurden nach der Durchführung der Neuorganisation der Polizei im Februar 1923 alle Kaserstellen, die für die Unterbringung nicht mehr unbedingt erforderlich waren, an die Reichsfinanzverwaltung zurückgegeben, wodurch eine wesentliche Ersparnis an Mieten erzielt wurde.

Weitere Maßnahmen, von denen eine Vereinfachung der Verwaltung und erhebliche Ersparnisse erhofft werden, wie die Zentralisierung des Einkaufs an Bureaubedarf und sonstigen Verbrauchsgegenständen, die Einföhrung gleicher Geschäftsstellen mit gleichen Beziehungen bei den unteren und Mittelbehörden, die Einföhrung von Vorkaufungen im schriftlichen Verkehr, sind in Aussicht genommen. Auch sind auf verschiedenen Gebieten der Staatsverwaltung Verhandlungen im Gange mit dem Ziel, durch organisatorische Änderungen im Behördenaufbau die Staatsausgaben zu vermindern und den Geschäftsgang der Staatsverwaltung zu vereinfachen.

Der Marksturz

Die Arbeit des Untersuchungsausschusses

Der parlamentarische Ausschuss zur Untersuchung der Ursachen des Marksturzes hielt gestern vormittag im Reichstag eine öffentliche Sitzung ab, nachdem er inzwischen in zwei vertraulichen Sitzungen weiterberaten hatte. Der Vorsitzende des Ausschusses, Abg. Lange-Fegermann, betonte einleitend, daß in den vertraulichen Verhandlungen, in denen der Reichsbankpräsident, Vertreter der Behörden und der Bankier Loeb vom Bankhaus Mendelssohn u. Co. vernommen worden sind, nichts gesagt worden sei, was das Recht der Öffentlichkeit zu scheuen hätte. Das ist lediglich insofern richtig, daß man eben auch in den vertraulichen Sitzungen nur das Notwendigste gesagt und recht dürftige Auskünfte erteilt hat. Es wäre wohl wünschenswert gewesen, daß die Arbeit des Ausschusses durch nähere Angaben über den Verlauf der Marksturz und über die Quertreibereien gegen sie wenigstens in den vertraulichen Sitzungen besser gefördert wurde. Der Vorsitzende setzte auch die Bedeutung des Ausschusses herab, denn er meinte, daß man von ihm eine Befestigung des Markturzes nicht erwarten könne. Wahrscheinlich ist das die Meinung der Ausschussmehrheit. Die sozialdemokratischen Mitglieder des Ausschusses lehnen jedoch die Meinung, daß die ganze Art der Arbeit des Ausschusses die Möglichkeit erhöhen soll, die Devisenpekulation zu bekämpfen und damit sehr wohl zur Stützung der Mark beitragen kann.

Zunächst gibt Herr Loeb vom Bankhaus Mendelssohn u. Co. eine Darstellung des Verlaufes der Spekulation der Mark, gesehen vom Standpunkt der Börse aus. Mit dem Reichsfinanzministerium und der Reichsbank sei die Börse damit einverstanden gewesen, daß der Versuch gemacht werde, nach dem Ruheinbruch den Kurs des Dollars herunterzubringen und auf einem günstigen Niveau zu halten. Doch sei von vornherein klar gewesen, daß durch die rein technischen Mittel der Abgabe von Devisen und des Goldbestandes dies nicht auf unbestimmte lange Zeit möglich sei. Zudem sei der Augenblick der ungünstigste für eine solche Aktion gewesen, weil die Inflation der Wirtschaft in Deutschland im Gange war. Ein Einfluß auf die Meinung der Wirtschaftskreise sei ausgeschlossen gewesen. Deshalb hätte Hebererklärung darüber gelehrt, daß technische Mittel der Abgabe von Devisen begleitet sein mußten von einer

harren Beschränkung der Kreditgewährung durch die Reichsbank.

Diese Beschränkung hätte während der ersten zwei Monate gegolten. In dieser Zeit sei nicht nur keine Samlung von

Devisen zu verzeichnen gewesen, sondern im Laufe des Monats Februar seien unter dem enormen Druck der Geldknappheit Devisen ganz abgesetzt worden als Folge einer latenten Zahlungsunfähigkeit weiter Kreise. Im März habe ein allmähliches Nachlassen der Geldknappheit ein. Ein anderes günstiges Moment für die Durchführung der Aktion war bis dahin das Vertrauen in die relative Dauer der Stützungaktion gewesen, zumal als der Plan der Reichsregierung von der Auflegung der Dollarkontrahente bekannt wurde. Man habe deshalb keine Gefahr in der Entäußerung seiner Devisenbestände gesehen. Dieses Moment wackelte bis zum Mißerfolg der Dollarkontrahente, also bis zum 28. März. Dann kam das Vertrauen in die lange Ausdauer der Stützungaktion ins Wanken, man beschloß sich wieder in größerem Umfang Devisen und fing auch an, sich für die Bedürfnisse der nächsten Zeit zu verkaufen. Diese Wirtungen des Nachlassens der Dollarkontrahente seien jedoch ganz erklärlich, es habe sich um keine Panik, sondern um eine natürliche Reaktion gehandelt.

Staatssekretär Bergmann sieht in den Ereignissen vom 18. April lediglich die Folgen einer natürlichen Entwicklung.

Der Staatskommissar für die Börse, Herr Lippert, weist darauf hin, daß die französische Stellungnahme zu den Dollarkontrahenten und der damaligen Rede des Reichsfinanzministers Rosenfeld das Vertrauen in die Mark wesentlich geschwächt habe. Die Abwärtsbewegung der Mark habe nicht von Berlin, sondern von ausländischen Börsenplätzen, insbesondere Amsterdam, ihren Ausgang genommen und daraufhin sei erst das Inland betroffen worden.

Genosse Robert Schmidt: Der Reichsbankpräsident hat keinen Zweifel darüber gelassen, daß stärkere Devisenkräfte bereitgehalten haben, als sie aus dem Paradies unserer Wirtschaft sich erklären lassen. Zunächst drängen sich heute Leute an den Devisenmarkt, die man früher dort nicht gekannt hat und die aus wirtschaftlichen Gründen überhaupt keine Ansprüche darauf machen können. Hat der Reichsbankpräsident Schätzungen darüber, welche Devisenkräfte in der deutschen Wirtschaft vorhanden sind

und welche Umfänge an der Börse nutzgebunden haben? Reichsbankpräsident Davenstein: Ich bin nicht in der Lage, über die Devisenkräfte der Banken und an der Börse Auskunft zu geben. Die Devisenbestände der Wirtschaft, die eine der wichtigsten Bestandteile des Marktes bilden, sind mit 2 Milliarden